

Für eine neue soziale und ökologische Politik

Für einen echten Politikwechsel im Land



Tübingen, im September 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte für Euch und mit Euch grüne Politik im Landtag gestalten.

Zwei Wahnsinnsprojekte lassen die grünen Umfragewerte in bislang unbekannte Höhen steigen: Die Laufzeitverlängerung für AKW und Stuttgart 21. Hier manifestiert sich die Ablehnung der BürgerInnen gegen eine abgehobene, starrsinnige Politik. Hier erleben wir, was engagierte BürgerInnen erreichen können und was lebendige (Basis-)Demokratie und Verantwortungsbewusstsein wirklich bedeuten.

Schwarz-gelben Stillstand beenden

Aber es gibt noch weitere Zukunftsthemen, die von der schwarz-gelben Landesregierung ignoriert werden. Die Bildungschancen hängen nirgendwo so sehr vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern ab, die Windenergie gilt der CDU offenbar als Hochrisikotechnologie, Verkehrspolitik erschöpft sich in Großprojekten und Straßenbau. Umwelt- und Naturschutz machen nur Schlagzeilen, wenn Vetterleswirtschaft den Hochwasserschutz am Oberrhein blockiert, und Klientelinteressen übertrumpfen den Wunsch der Bevölkerung nach gentechnikfreien Lebensmitteln, während eine ökologische Modernisierung unseres Industriestandorts verschlafen wird. Zum ersten Mal seit 1952 besteht eine reelle Chance, die schwarze Erbmonarchie abzuschaffen und unsere Vorstellung eines neuen, ökologischen, sozialen, modernen und weltoffenen Baden-Württemberg zu verwirklichen.

Lasst uns weiter eigenständig sein

Viele werden mich kennen als Mitglied von Grüner Hochschulgruppe, Grüner Jugend und der grünen Partei, als Vorstandsmitglied des Stadtverbandes und als Kreisrat für Asyl und Abfallentsorgung. Wir haben gemeinsam viele Aktionen und Veranstaltungen bestritten, Wahlkämpfe erlebt und auch heftige interne Debatten während der rot-grünen Berliner Jahre geführt.

Der Tübinger KV hat sich das politische Leben nie einfach gemacht und auf Landes- und Bundesebene immer eine kritische, manchmal unbequeme, aber (fast) immer reflektierte Position eingenommen. Vieles bestätigt uns im Nachhinein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise gibt uns gute Argumente an die Hand, jetzt den politischen Paradigmenwechsel zu vollziehen: Den Abschied von einem marktradikalen Kurs und den Beginn einer neuen sozialen und ökologischen Politik.

Gute Bildung für alle

Im Landtagswahlkampf werden Atom und S 21 eine wichtige Rolle spielen. Und das völlig zu recht. Dennoch gilt es für uns Grüne, nicht die anderen landespolitischen Themen aus den Augen zu verlieren. Ich möchte für echte Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg kämpfen. Bildungschancen dürfen nicht länger von der sozialen Herkunft abhängen – wir müssen die bestehenden Bildungsblockaden einreißen. Deshalb brauchen wir nicht nur ausreichend Betreuungsplätze für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, sondern auch eine qualitativ bessere frühkindliche Bildung. Deshalb brauchen wir nicht nur längeres gemeinsames Lernen und eine Schule für alle, sondern auch die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes. Deshalb brauchen wir nicht nur die Abschaffung der Studiengebühren, sondern auch eine wirkliche Korrektur der Bologna-Reform und eine echte Mitbestimmung der Studierenden. Deshalb brauchen wir nicht nur eine gute Ausbildung und berufliche Bildung für alle Jugendlichen, sondern lebenslanges Lernen.

Mobilität statt Milliardengrab

Außerdem möchte ich mich stark machen für eine Verkehrspolitik, die den Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Moderne Verkehrspolitik vergräbt nicht Milliarden im Stuttgarter Erdreich, sondern sie sorgt für einen attraktiven, bezahlbaren und flächendeckenden öffentlichen Personenverkehr und findet intelligente Antworten auf Stau, Lärm und Luftverschmutzung.

Mehr Demokratie wagen – Bürgerrechte stärken – für eine offene Gesellschaft

Die S21-Proteste zeigen: Wir brauchen eine neue demokratische Kultur. Baden-Württemberg ist in Deutschland Schlusslicht in Sachen direkter Demokratie. Das muss sich ändern. Ich trete dafür ein, die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene abzubauen und die Verfahren bürgerInnenfreundlicher zu gestalten. Denn Demokratie lebt von Beteiligung – auch abseits des Wahltags.

Außerdem müssen wir die Bürgerrechte stärken. Wir sagen Nein zur Datensammelwut von Staat und Wirtschaft, Nein zu den schwarz-gelben Plänen für eine Verschärfung des Versammlungsrechtes und Nein zum Marsch vom Rechtsstaat in den Präventionsstaat, wie er mit dem Polizeigesetz auch im Land begonnen wurde. Und wir sagen Ja zu einem toleranten und weltoffenen Baden-Württemberg, in dem Homosexuelle nicht länger diskriminiert werden und Menschen anderer Herkunft oder Religion eine Heimat finden.

Echte Gleichberechtigung braucht neue Männer

Grüne Ideen sollen die Gesellschaft verändern. Dafür müssen wir auch Veränderungen in den Köpfen erreichen – vor allem in den Köpfen der Männer. Es kann nicht sein, dass Frauen noch immer weniger Lohn für gleiche Arbeit erhalten und nicht einmal der Öffentliche Dienst in der Lage ist, Dienstpläne und Arbeitszeiten so einzurichten, dass die vielen Frauen - und wenigen Männer – Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Für eine echte Gleichberechtigung der Geschlechter brauchen wir aber auch ein neues Männerbild und neue Männer, die gelernt haben, die Macht, die Verantwortung und die Pflichten zu teilen. Auch für diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe möchte ich mich im Landtag stark machen.

Ich bitte Euch für meine Positionen und Anliegen – aber gerade auch für die besondere Tübinger Stimme innerhalb der Grünen – um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.

Mit grünen Grüßen
Daniel Lede Abal